

Halbzeit der Rathauskoalition - Arge Freie München zieht Bilanz

München, den 14. Juli 2017

Statement Bereich Integration:

Dr. Günther Bauer, Geschäftsführer der Inneren Mission München

Die Landeshauptstadt München hat bereits im Herbst 2015 eindrucksvoll bewiesen, dass sie „Refugees Welcome“ ernst meint. Es ist erfreulich, dass die politisch Verantwortlichen ihre Entscheidungen im Bereich der Flüchtlingshilfe in München bis heute im Sinne der Flüchtlinge treffen.

Flüchtlingshilfe:

- In den von der Landeshauptstadt München betriebenen Unterkünften werden die geflüchteten Menschen unter menschenwürdigen Bedingungen untergebracht. Die Stadt hat sich Standards gesetzt, die auch eingehalten werden.
- Die Landeshauptstadt München investiert in:
 - einen verbesserten Schlüssel in der Asylsozialberatung (1:100)
 - Unterstützungsangebote für geflüchtete Kinder und Jugendliche (1:30)
 - die hauptamtliche Koordination des Bürgerschaftlichen Engagements und in Schulungen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe.

Diese Angebote sollen in eine Regelfinanzierung übergehen. Damit wäre ein wichtiges Fundament für eine flächendeckend gute Versorgung der Geflüchteten in München geschaffen.

- Verlängerung der bestehenden Beratungsrichtlinie (Modellkommune) erforderlich.

Integrationsangebote:

- Eigenmittelanteile können dauerhaft nicht von den freien Trägern gestemmt werden. Kofinanzierung der Migrationsberatung (MBE) wünschenswert.
- Bewährte Integrationsangebote- und einrichtungen sollen weiter ausgebaut werden. Vorlagen dafür wurden im ‚Gesamtplan Integration‘ erarbeitet. Die ARGE freie München muss weiterhin an den Entwicklungen des ‚Gesamtplans Integration‘ beteiligt werden.

Bürgerschaftliches Engagement Flüchtlingshilfe:

Wünschenswert ist, dass es im Bereich Bürgerschaftlichen Engagements zu einer Öffnung kommt, denn für Geflüchtete gibt es leider noch zu hohe Hürden um ehrenamtlich tätig zu sein.

Bereich UMA:

- Standort des Young Refugee Centers ist kritisch zu sehen
- Angebote UMA München sollen auch von anderen Kommunen genutzt werden können
- Jugendhilfeplanung erforderlich
 - **Keine Abschiebungen nach Afghanistan**
 - **Aufstockung der Verwaltungsgerichte**